

Thüringen

Telearbeit in der Verwaltung

[04.11.2020] Thüringens Landesverwaltung erweitert die technischen Voraussetzungen für die Telearbeit. Gleichzeitig mahnt Finanzstaatssekretär und Landes-CIO Hartmut Schubert die Verwaltungsbediensteten eindringlich, IT-Sicherheitsregeln einzuhalten.

Im Zuge der Corona-Pandemie erweitert die Thüringer Landesverwaltung die technischen Kapazitäten für Tele- und Heimarbeit. Ein Drittel der 17.000 landesweiten PC-Arbeitsplätze kann alternativ für Heimarbeit genutzt werden. Wie das Finanzministerium mitteilt, beschafft das Land gegenwärtig rund 8.000 Notebooks für die allgemeine Landesverwaltung, die Thüringer Polizei sowie die Justizverwaltung. Dabei habe die Informationssicherheit höchste Priorität, betont Thüringens Landes-CIO Hartmut Schubert. Nur wenn alle Verwaltungsbediensteten die zentralen Regeln der Informationssicherheit einhielten, könnte das Land Tele- und Heimarbeit ermöglichen, um in der Corona-Krise verlässliche Verwaltungsarbeit zu leisten und die Gesundheit zu schützen. Eine jüngst getroffene Maßnahme ist eine neue Passworrichtlinie, die das Thüringer Finanzministerium im Oktober 2020 erlassen hat.

Gefährdung durch E-Mails

Die Gefährdungslage im Bereich der Informationssicherheit bleibt laut Ministeriumsangaben hoch. Das zeige eine Analyse des E-Mail-Verkehrs der Landesverwaltung. In den ersten neun Monaten des Jahres 2020 gingen demnach rund 46.460.000 E-Mails von externen Absendern beim Landesdatennetz ein. Davon wurden aufgrund elementarer sicherheitstechnischer Vorgaben 20.906.000 E-Mails abgewiesen. Von den zunächst akzeptierten eingehenden E-Mails wurden durch den Einsatz neuester Technologien 889.000 E-Mails als Spam erkannt und bei 73.593 E-Mails wurde Schad-Software festgestellt. Von den intern versandten E-Mails enthielt keine Viren oder Spam-Inhalte.

(sib)

Stichwörter: IT-Sicherheit, Home Office, IT-Sicherheit, Telearbeit, Thüringen